

25-275/1-1

Eidenstattl. Versicherung

12. 1. 49.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-275/1-2  
Botschafter a. D.  
Eugen Ott

A b s c h r i f t

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
258/52

Auszug aus meiner Aufzeichnung "Wehrmacht und Nationalsozialismus vor der Machtergreifung", in der ich im November 1932 die Bemühungen der Wehrmachtführung, insbesondere des Reichswehrministers und Reichskanzlers von SCHLEICHER, meines langjährigen nächsten Vorgesetzten, geschildert habe, den Nationalsozialismus von der Wehrmacht und von der totalen Macht im Staate fernzuhalten.

.....Angesichts der ständigen Verschärfung der innenpolitischen Lage im Reiche im Herbst 1932 hatte die Führung der Wehrmacht zu prüfen, ob die Wehrmacht einem künftigen Ausnahmezustand gewachsen sein würde, der gegen den Terror von rechts und links durchzuführen wäre.

Ich erhielt als Leiter der Politischen Abteilung des Reichswehrministeriums die Genehmigung des Reichswehrministers von Schleicher, diese Frage in einer kriegsspielartigen Studie zu klären. Wir versammelten im November 1932 die Vertreter aller Staatseinrichtungen, die für einen Ausnahmezustand von Wichtigkeit waren, verantwortliche Offiziere der 7 Reichswehr-Divisionen und der Reichsmarine, Beauftragte des Reichsinnenministeriums und Vertreter der preussischen Regierung und der preussischen Staatspolizei und die Leiter der Technischen Nothilfe.

In dreitägiger Studie wurde der militärische Ausnahmezustand im gesamten Reichsgebiet untersucht, für jeden Teil des Reiches nach der besonderen Lage, die dort voraussichtlich entstehen würde. Es wurde festgestellt, welche Massnahmen notwendig und welche möglich werden würden. Die Bilder des örtlichen Notstandes waren von grosser Verschiedenheit, das Bild der staatlichen Abhilfe war überall gleich unzulänglich.

So trat für Ostpreussen die Sicherung der Landesgrenze in den Vordergrund. Die Grenzziehung nach dem Versailler Vertrag war noch scharf umstritten und das Verhältnis zu Polen sehr gespannt. Es lag durchaus im Bereiche des Möglichen, dass radikale polnische Elemente die Spannung der deutschen inneren Lage zum Zugriff auf Ostpreussen auszunützen versuchten.

Die ostpreussische Division - im Konfliktsfalle vom Reichsgebiet abgeschnitten und nur auf die eigenen Kräfte gestellt - war gezwungen, sich auf möglichst grosse wehrbereite Teile der Bevölkerung zu stützen, um auch nur einen schwachen Grenzschutz aufzustellen. Die überwiegende Mehrzahl solcher etwaiger Verstärkungen musste aus den Reihen der NSDAP kommen, denn sie hatte im alten kampfgeübten Ordensland Ostpreussen die Führung besonders der Jugend beherrschend an sich gebracht. Bei einem Ausnahmezustand gegen den Nationalsozialismus fielen diese Kräfte aus. Die Truppe war also vor zwei Aufgaben gestellt, erstens, den Grenzschutz gegen Polen aufzustellen und dessen grosse Lücken aus der Truppe zu füllen, zweitens, an der inneren Front für den Ausnahmezustand den Rest zu verwenden, der ihr aus dem Grenzschutz auszusparen verblieb. Hinzu kam die ernste Gefahr eines inneren Konflikts der Truppe, denn in dem isolierten Ostpreussen war es uns am wenigsten gelungen, sie von den nationalsozialistischen Einflüssen fernzuhalten. Es ergab sich also für Ostpreussen, dass die Truppe nach zwei Fronten mit ganz unzulänglichen Kräften einzusetzen wäre und die Disziplin einer gefährlichen Belastung unterworfen würde. Eine Verstärkung aus dem Reich war undenkbar.

Im Gebiet von Hamburg war mit dem Generalstreik der Hafenarbeiter zu rechnen. Dieser musste lebenswichtige Funktionen des Hafens stilllegen, nämlich die weithin ausstrahlende Lebensmittelzufuhr und den grössten Teil des überseeischen Güterausstauschs Deutschlands. Die verfügbaren Kräfte an Polizei, Reichswehr und Reichsmarine waren gering. Die Hauptlast in der Bekämpfung dieses Streiks fiel auf die Technische Nothilfe. Deren Leiter erklärten sich ausserstande dazu, denn ihre Ausrüstung sei solchen Anforderungen nicht gewachsen und die Mehrzahl der freiwilligen Nothelfer seien Nationalsozialisten und würde mit Sicherheit ausfallen.

Für das Rhein/Ruhr-Gebiet waren drei Hauptfolgen zu prüfen: Die Lahmlegung des Bergbaues und der Schwerindustrie, die Einstellung der Rheinschiffahrt, das Wiederaufleben separatistischer Umtriebe.

Die Lage war hier besonders kritisch, weil in der entmilitarisierten Zone jeder Einsatz der Wehrmacht auch gegen einen Notstand verboten war. Die Aufrechterhaltung der Ordnung lag allein bei der Landespolizei, die sich bei den früheren Unruhen im Ruhrge-



Ausführungen über die Unzulänglichkeit der staatlichen Machtmittel.  
Unmittelbar darauf ist das Kabinett von PAPPEN zurückgetreten.

Ich habe die vorstehende Aufzeichnung nach bestem Wissen und  
Gewissen an Eidesstatt niedergelegt und stelle sie Herrn von  
PAPPEN zur Verfügung auf seinen Wunsch.

Nürnberg, den 15. Dezember 1947.

gez. Eugen Ott

Generalmajor a.D.

Ott sitzt in einem Hof in Frankfurt

"B" - ist ein...  
für die Regierung Pappen

E. R. J. Hoff

*[Handwritten signature]*

4.1.52



Eidesstattliche Erklärung.

Ich, der unterzeichnete Eugen OTT, geb. 8.4.1889, wohnhaft in Icking im Isartal, gebe hierdurch am Eidesstatt die folgende Erklärung über Massnahmen des Reichswehrministers von Schleicher ab, die gegen die Ausbreitung des Nationalsozialismus und gegen den Anspruch Hitlers auf die totale Macht gerichtet waren. Diese Massnahmen sind mir als engem Mitarbeiter des Herrn von Schleicher während der Jahre 1923 bis 1933 persönlich bekannt geworden.

1.) Massnahmen gegen die Ausbreitung des Nationalsozialismus. Die Gefahr der Zersetzung der Reichswehr durch den Nationalsozialismus trat zum ersten Mal 1923 auf, als bei dem Putschversuch Hitlers ein Teil der Fahnrüche der Infanterieschule München - der Schule des Offiziersmanchwachses der Reichswehr - Partei für Hitler ergriffen hatten. Sofortige scharfe Strafmassnahmen auf Veranlassung des damaligen Majors von Schleicher erstickten diesen ersten Versuch.

Die Zersetzung setzte erneut ein, als die nat. soz. Bewegung nach den Wahlen des Jahres 1931 zur politischen Macht angewachsen ist. Sie wurde durch General und später Reichswehrminister von Schleicher mit grösster Aufmerksamkeit beobachtet und durch eine Reihe von Erlassen gegen jede politische Betätigung der Reichswehr und durch Strafverfolgung der zuwiderhandelnden Angehörigen der Reichswehr bekämpft. So setzte der Reichswehrminister alle ihm gegebenen Mittel ein, um das erste Machtmittel des Staates von nat. soz. Zersetzung frei zu halten.

Anders lag der Fall beim zweiten Machtmittel des Staates, bei den Polizeikräften der Länder. Es zeigte sich in den ständig zunehmenden blutigen Zusammenstössen zwischen den Kampforganisationen der S.A. und der Roten Front, dass die Polizei, insbesondere in Preussen zu einem energischen Durchgreifen nicht fähig war, offensichtlich spielte dabei die Zersetzung von beiden Seiten her, durch den Nat. Soz. und die K.P.D. eine gefährliche Rolle.

Bei dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preussen am 20.7.1932 ergab sich die Möglichkeit, die Polizei zunächst der Reichswehr

und später dem Reichskommissar zu unterstellen und damit der Gefahr entgegenzutreten, dass sie einer nat. soz. Führung oder der K.P.D. ausgeliefert werden könnte. Der Reichswehrminister hat mir ausdrücklich erklärt, dass er die Aktion der Reichsregierung mit diesem Hauptziel unterstütze.

2.) Massnahmen gegen den Anspruch Hitlers auf die totale Macht.

Ende November 1932, als Schleicher um die Bildung eines Kabinetts unter seiner Kanzlerschaft bemüht war, entsandte er einen Unterhändler zu Hitler nach Weimar, um ihm den Posten des Vizekanzlers und seinen Mitarbeitern einige Ministerposten anzubieten. Sein Ziel war, Hitler zur parlamentarischen Mitverantwortung zu bringen, unter Ablehnung von dessen ständigen Anspruch auf die totale Macht für seine Partei, und den Hunger seiner Mitarbeiter auf Posten gegen Hitler auszuspielen.

Hitler beharrte auf seinem Anspruch und lehnte ab, während Göring sich anbot, Hitler umzustimmen, wenn ihm "die Strasse frei gegeben würde gegen die Marxisten". Diese Forderung wurde zurückgewiesen als unvereinbar mit der Verfassungstreue und den Pflichten der Wehrmacht.

Über diese Verhandlungen wurde kein Mitglied der Reichsregierung zuvor unterrichtet.

Icking im Isartal, 12. Januar 1949.

gez. Eugen OTT

Original befindet sich bei

Buff. a. J. Hll.

F. J. W. de Hoffm.

Handwritten signature

4. 1. 52

Nachfolgende

Bemerkungen zu den Akten  
des Instituts für Zeitgeschichte

würden von fern. E. Oll zu den  
Liebermann-Besprechungen (in der  
Absicht von fern. Fiedler) mit anderen  
Einzelschreibern gemacht.

kurz.

ZS-279/1-8

AS Brief v. 26.12.49

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

des Botschafters a.D. Eugen O T T

an den Sohn des Reichskanzlers a.D. v. Papen vom 26.12.1949

1. Die Vorbesprechungen zum 20.7.1932.

Die Hauptbeteiligten an diesen Besprechungen haben die folgenden verschiedenen Aufgabengebiete behandelt:

Der Staatssekretär der Reichskanzlei Planck die staatsrechtlichen Fragen und die Formulierungen der notwendigen Erlasse, Min.Rat im preuss. Min.d.Inneren Diels die Beschaffung des Materials über die preussische Regierung und KPD. Obstlt. Ott den militärischen Ausnahmezustand.

Die Einzelheiten des Materials über preussische Regierung und KPD sind mir angesichts meines anderen Aufgabenbereichs nicht mehr erinnerlich. Es ist aber bestimmt anzunehmen, dass Diels tatsächlich Anzeichen für eine Zusammenarbeit, die zwischen der preussischen Regierung und der KPD beabsichtigt war, vorgelegt hat, sonst hätte der Reichspräsident das Material nicht als eine legale Grundlage für sein Vorgehen auf Grund des Artikels 48 R.V. angesehen. Der Reichspräsident hatte zuvor ausdrücklich erklärt, dass er gegen die preussische Regierung nur vorgehen werde, wenn er sich auf einwandfreie Tatbestände stützen könne, die ihn nötigenfalls vor dem Staatsgerichtshof rechtfertigen würden.

Bei dem späteren Verfahren des Staatsgerichtshofes gegen die Reichsregierung war diese durch den Professor Carl Schmitt vertreten, der sich zu diesem Zweck mit dem Material auf das Eingehendste vertraut zu machen hatte und nach dem Abschluss des Verfahrens auch einen öffentlichen Vortrag in Berlin zu diesem Thema gehalten hat. Carl Schmitt könnte Ihnen wahrscheinlich weitergehende Angaben machen, seine Anschrift ist soviel ich weiss Arnsberg im Sauerland.

2. Die Kölner Besprechung vom 4.1.1933.

Ich glaube mich zu erinnern, dass der Reichskanzler von Schleicher am 5.1. morgens in unserer üblichen Presse- und Beraterkonferenz die <sup>sonstige</sup> sonatichelle Pressemeldung über Köln mit Überraschung aufgenommen und die Tatsache dieser Besprechung in scharfen Worten an-

gegriffen hat. Bei seiner gewohnten Offenheit gegenüber unserm Kreis, ist es unwahrscheinlich, dass er die ersuchte pressemäßige Behandlung selbst veranlasst und dies dann durch sein Verhalten zu verschleiern versucht hätte.

Es ist möglich, dass der damalige Presse-Chef von Preussen, Dr. v. Carlowitz, ein mir befreundeter, weiterer enger Mitarbeiter von Schleicher Ihnen zu dieser Frage etwas mitteilen kann. Seine Anschrift ist Barum über Braunschweig. Der damalige Reichspressechef, General Marcks, ist 1944 gefallen.

### 3. Opposition der DNVP gegen Schleicher.

Diese Opposition richtete sich bereits gegen Schleicher als Reichswehrminister im Kabinett von Papen, sie zeigte sich wiederholt besonders im Verhalten des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl, der sich Anträgen des Reichswehrministers auf ein scharfes Vorgehen gegen den Terror der NSDAP und KPD entgegenstemmte. Sie steigerte sich weiter nach dem Scheitern der Besprechungen mit Hugenberg von Mitte Januar ab zur offenen Bekämpfung.

Zu dieser Lage stehen die Besprechungen in keinem Widerspruch. Von Schleichers Seite aus wurden sie in der vagen Hoffnung geführt, doch noch die Mitarbeit der Partei für sein Kabinett zu erreichen, denn ihre Opposition gegen dieses Kabinett war eine kaum begreifliche Widersinnigkeit. Von Hugenbergs Seite versuchte man das damals allgemein übliche taktische Spiel, die Mitarbeit der Partei so teuer als möglich zu verkaufen. So viel ich mich erinnere, scheiterten die Verhandlungen an der Überforderung seitens der DNVP.

F. J. R. v. Carlowitz

Hugenberg

4.1.52

25-279/1-M

BP 22.2.52.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

~~Vertraulich~~ München, den 22.2.1952  
gea. Ho gestr. We

Mündliche Ausführungen des General a.D. und Botschafters a.D. Eugen Ott, Icking bei München, seinerzeit Abteilungsleiter der Wehrmachtteilung im Reichswehrministerium.

Zu den mir vertraulich zur Kenntnis gegebenen Ausführungen des General a.D. Joachim v. Stülpnagel kann ich folgende Ergänzungen geben:

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
270/52.

1. Ebert:

Nach dem Abschluss des militärischen Ausnahmezustandes lud der Chef der Heeresleitung, so viel ich weiß, auf dringende Veranlassung von Schleicher den Reichspräsidenten Ebert zu einem Bierabend im Reichswehrministerium ein. Beim Erscheinen von Ebert wurde er mit eisiger Kühle vom versammelten Offizierkorps empfangen. Seeckt war in diesem Augenblick noch nicht zur Stelle. Die Peinlichkeit der Situation durchbrach Schleicher, indem er auf Ebert zuging und ihm, meiner Ansicht nach spontan, im Namen des im Augenblick noch verhinderten General v. Seeckt im Kreise der Offiziere begrüßte. An dem Abend hatte ich persönlich den Auftrag, einen Vortrag über die wirtschaftlichen Aufgaben des militärischen Ausnahmezustandes zu halten. Im Anschluss daran stellt Ebert mir ~~persönlich~~ <sup>Teile</sup> etwa ~~5 Minuten~~ <sup>5</sup> lang eingehende Fragen und machte den Eindruck einer sehr erfreulichen Übereinstimmung mit unseren Auffassungen und den seinerzeit getroffenen Maßnahmen. Der Abend verlief dann in einer sehr kameradschaftlichen Weise im Offizierkorps.

Die Nachricht vom Tode Eberts hat Schleicher tief betroffen. Er erklärte mir damals, die Stellung Eberts zur Reichswehr rechtfertige eine hohe Ehrung des Toten. Er ließ anordnen, daß in allen Standorten, die der Zug mit der Leiche Eberts ~~durchfuhr~~ von Berlin nach Heidelberg durchfuhr, eine Ehrenwache auf den Bahnhöfen anzutreten habe.

2. Zu der Bemerkung Stülpnagels über die Verdienste um den militärischen Ausnahmezustand 1923/24:

Seeckt ehrte diese Verdienste in doppelter Weise:

- 1. Indem er die Beförderung Schleichers zum Oberstleutnant mit großem Zeitsprung veranlaßte und ihm eigene Oberstleutnantsabzeichen aus seinem persönlichen Besitz übergab.

- 2.) Indem er nach Abschluss des Ausnahmezustandes Schleicher und seinen Mitarbeiter zu sich befahl und in sehr eindringlichen Worten ihr Verdienst um die Rettung des Reiches im Ausnahmezustand anerkannte.
3. Stresmann: Ich meine mich zu erinnern, daß eines der äußeren Anzeichen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen RWM und A-Amt darin bestand, daß die Attachés des Auswärtigen Amtes zu Kasinoabenden beim Wachregiment eingeladen wurden, bei denen auch die Führergehilfen des RWM teilnahmen. Ich erlebte, vermutlich 1932, den Beginn dieser gemeinsamen Abende, wobei der Attaché-Vater Poensgen eine Rede hielt, in der er diese Neuerung im Interesse des gegenseitigen Verständnisses besonders feierte.
4. Schleicher sprach wiederholt seine Sorge aus, daß Hindenburg bei seinem Aufenthalt in Neudeck regelmäßig unter den starken Einfluss des ostpreußischen Adels komme und daß der Sohn dabei leider eine unerfreuliche Rolle spiele. Er sei auf die Mehrung der Hausmacht Neudeck sehr bedacht und entsprechenden Einwirkungen und Schenkungen des ostpreußischen Adels gegenüber nicht unzugänglich. Das Verhältnis zwischen Vater und Sohn kennzeichnete er einmal mit dem Bemerkten: "Der alte Herr hat ein Alter erreicht, in dem es eine Treue nur noch den engsten Familienangehörigen gegenüber gibt".

Ich erkenne die Richtigkeit meiner vorstehenden Äußerungen an und bin mit einer wissenschaftlichen Verwertung durch das Institut für Zeitgeschichte München einverstanden. Finanzielle Forderungen hierfür erhebe ich nicht.

Hemmingen, den 3. März 1952

.....  
*Leopold*

Eugen OTT.

z.Zt. Icking/Isartal, Februar 1952.

Bemerkungen zu den ~~Schleicher~~-Akten  
 -----  
 des Instituts für Zeitgeschichte.  
 -----

1. Teil Befehlshaberbesprechungen.

Seite 1/2. (Ansprache Liebmann April 1928.)

Der Verdacht, dass die Reichswehr bei der Arbeit für den Grenzschutz sich in Wirklichkeit für einen innerpolitischen Zweck - Umsturz der gegenwärtigen Staatsordnung oder Ähnliches - vorbereitet, ist mir selbst bei zahlreichen Gelegenheiten entgegengetreten. Die Quelle dieses Verdachts lag m.E. im Preuss. Innenministerium (Staatssekretär Abegg besonders zumeist) und teilte sich von dort aus der Preuss. Zivilverwaltung in den Provinzen mit. Ich erinnere mich einer Entsendung zum O.P. Magdeburg, der es ablehnte, an einer Besprechung über Landesschutz persönlich teilzunehmen, desgl. zum Op. Breslau, der zwar teilnahm, aber seine Bedenken nachdrücklich aussprach. Unter diesen Einflüssen hat sich auch das Reichsbanner vielfach versagt. Für die Reichswehrrführung entstand daraus eine starke Erregung, den Grenzschutz auf die notwendige breite Basis zu stellen. Das Misstrauen gegen das Reichsbanner war im Offizierkorps, besonders in den Grenzprovinzen Ost- und Westpreussen, Schlesien an sich tief, die Bemühungen des RWM, die Bereitwilligkeit führender Reichsbannerleute in Berlin dagegen anzuführen, scheiterten an den örtlichen Erfahrungen der Truppe, der sich das Reichsbanner versagte und das Misstrauen vertiefte.

Eine Änderung in der Haltung des Preuss. Innenmin. trat im Sommer 1932 mit dem Reichskommissar Bracht ein. Ich erhielt Gelegenheit zu einem Vortrag vor versammelten Verwaltungsbeamten der Provinzen, die ja nach der Absetzung der Preuss. Regierung vielfach unbesetzt waren. Die Mitarbeit am Landesschutz wurde allgemein als notwendig erkannt und zugesagt. Sie konnte sich aber nicht mehr auswirken, da die Staatsgewalt unter dem Barteldruck vom Sommer 32 ab praktisch zusammenbrach.

Seite 3. Die Tatsache, dass der 2. und 3. Reichswehrminister Süddeutsche gewesen sind, spielte m.E. bei dem preuss. Offizierkorps der RW. eine nicht unwesentliche Rolle in der kritischen Einstellung. Die hervorragenden Leistungen des Eisenbahnchefs Groener im Weltkrieg und seine späteren militärischen schriftstellerischen Erfolge wurden kaum erwähnt, wenn die Offiziere ihn kritisierten.

Seite 3 (Besprechung im RWM. 25.11.1930.)

Ich führte vom Frühjahr 1930 bis Sommer 1931 eine Abteilung Feldartl. in Ludwigsburg, war also nicht Mitarbeiter v. Schleichers in dieser Zeit.

Die Ulmer Vorgänge erlebte ich in der Front, die betroffenen Offiziere gehörten der III. (Ulmer) Abteilung meines Regiments an, der Regtskdn. war Beck, der spätere Generalstabschef und Führer des Widerstandsvereins suchs vom 20. Juli.

Ich erinnere mich einer Offizierbesprechung Becks, in der er das Vorgehen gegen die Offiziere formell beanstandete, die Schuldfrage offen liess. Der Fall hat die mir unterstellten Offiziere auffallend wenig berührt, trotzdem es Kameraden des gleichen Regiments waren.

das lag m.E. hauptsächlich an zwei Gründen:

1.) ein soldatischer Korpsgeist hatte sich noch nicht wieder gebildet. Das gilt mindestens für unsere damaligen süddeutschen Verhältnisse, wo die Zersplitterung eines Regimentsverbandes so gross war, dass der Stab und 1. Abtlg in Fulda lag, 1. Abteilung in Ludwigsburg und die dritte in Ulm.

2.) waren die Offiziere derart stark mit ihren Berufsfragen beschäftigt, im Besonderen der wissenschaftlichen Anwertung der Kriegserfahrungen, dass für politische Interessen kaum ein Raum blieb.

(Bei Übernahme der Abteilung fand ich eine solche Erstarrung in technischen, hauptsächlich mathematischen Studien vor, dass ich durch Voranstellen der Reitausbildung und durch Pflege gesellschaftlichen Auftretens bemüht sein musste, wieder Frische und Beweglichkeit in die Leutnants zu bringen.)

Rückblickend habe ich den Eindruck, dass das RWM dem Ulmer Fall ein grösseres grundsätzliches Gewicht gegeben hat, als vom Bild der Truppe aus gesehen notwendig war.

(Zur Entwicklung des damaligen Obersten Beck ist bemerkenswert, dass er 1930, als ich mich als Abteilungskommandeur in Fulda bei ihm meldete, die politische Haltung Schleichers, seine Zurückhaltung gegen den Nat. Soz. in stundenlanger Diskussion scharf angriff und grosse Hoffnungen auf Hitler und die Bewegung setzte. Das wiederholte sich im Manöver 1930, als die Partei den ersten grossen Wahlerfolg erzielte. Das Wahlergebnis wurde uns in einem Sonntagsquartier bekannt, wo ich mit Beck zusammen untergebracht war. Er feierte das Wahlergebnis und widersprach nachdrücklich den von mir -im alten Schleichergeist- geäusserten Bedenken.

1938 fand ich bei einem Aufenthalt in Deutschland Beck zum tief besorgten Gegner der Bewegung gewandelt. Mit bitterster Schärfe sprach er von der Behandlung Oesterreichs nach dem Einmarsch. "Hinter dem blanken Schild der Wehrmacht folgten die Aasgeier der Partei ..").

Seite 4. -Wanderredner des RWM.

Ich habe in den Jahren 1929/1930 auf den Truppenübungsplätzen eine Reihe von Divisionen gesprochen, Arys 1. Div., Döberitz, 3. Div., Königsbrück 4., Münsingen 5., Grafenwöhr 7. und ausserdem eine Reihe von Regimentern in ihren Standorten, regelmässig ferner die Kriegsschule Dresden jeden Monat. Ablehnung ist mir nur bei der Kriegsschule unter Falkenhausen entgegengetreten. Der Entwurf der Vorträge war vorher jeweils dem Chef ~~Hitler~~ Gen. v. Hammerstein vorgelegt worden.

Bei der Marine erinnere ich mich eines einzigen Vortrags im Herbst 1933, bei dem die Stimmung recht primitiv und kritiklos auf Hitler eingestellt war.

Seite 6 Höhepunkt der Hetze gegen Seeckt im März 1934, als Seeckt aus eigenem Antrieb Brief an Ebert richtete, den mil. Ausnahmezustand aufzuheben, nachdem die Ordnung im Reich in hinreichendem Mass wiederhergestellt sei.

Seite 6 -Linkskurs des RWM.-

In der Frage des Panzerkreuzers setzte RWM seinen Plan gegen die SPD durch, obwohl die T3 heftige Bedenken geltend gemacht hatte, die Beziehungen zu Russland könnten darunter leiden.

Seite 7 die dargestellten Erfahrungen mit Verbänden waren ein Hauptthema der "Wanderreden".

Seite 7 unten -Gesetze gegen Landesverrat.

Seite 7 unten -Gesetz gegen Landesverrat.

Die Basis der Verteidigung war für das RWM schwach und beengt, weil die Angreifer wie Weltbühne, Foerster, Helmuth von Gerlach u.A, die geheimen Rüstungen als Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles brandmarkten. Ihre hervorragenden Anwälte (Alsberg, Levy u. A.) waren auf dieser scheinbaren Rechtsgrundlage der Angriffe den Sachverständigen des RWM, die den Tatbestand nicht voll darstellen konnten, überlegen. Für RWM ebenso wie für das Reichsgericht eine sehr unerfreuliche Lage.

Eine gesetzliche Abhilfe wurde bis zur Machtübernahme nicht erreicht. Bei den Beratungen des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform vertrat zwar der Staatssekretär des Reichsjustizmin. Bunke, der spätere Präsident des Reichsgerichts, nachdrücklich die Verschärfung der Gesetze in scharfen Zusammenstößen mit Levy u.A., aber die Beratungen kamen 1932 nicht zum Abschluss.

Das Reichsgericht verbesserte inzwischen die Lage für das RWM durch die Formulierung eines Urteils: "Notwehr ist ein unverzichtbares Lebensrecht der Nation" und legalisierte damit die Landesschutzarbeit der Reichswehr.

Als ~~Sowas~~ das RWM auf anderem Weg auf die Verschärfung des Staatsschutzes drang, stiess es auf den Widerstand des Reichsinnenministers v. Gayl. Ich erinnere mich seines Widerstandes gegen einen Antrag des RWM, die Polizeibefugnis gegen Störung der öffentlichen Ordnung zu erweitern. Es ändelte sich damals im Herbst 1932 um die ständig wachsenden blutigen Zusammenstöße zwischen Rotfront und Sa. Gayl lehnte in einer Referentenberatung unsern Antrag ab, offenbar beeinflusst von den Annäherungsversuchen der Deutsch-Nationalen an die NSDAP.

Seite 8 --Kultur-und Theaterbolschewismus--.

Beispiele der Potemkin-Film und die Piscator-Inszenierungen. Diese Zersetzung des kulturellen Lebens wurde von der "Gesellschaft" in Berlin lebhaft unterstützt und finanziell gefestigt.

Seite 8-Politische Lage-

Darstellung richtig, aber die Idee der Seite 9, den nationalen Teil des Programms verwerten zu können d.h. die Idee der taktischen Verwertung der Bewegung für die Verfassung und Weimarer Republik war von jetzt an der ständige unheilvolle Irrtum.

Seite 12-Besprechung Chef HL Kassel 24.4.31.

Aussenpolitik: Ausführungen kennzeichnen klar Ziel der Politik mit Moskau, Anlehnung, um vom Westen eine Art Gleichberechtigung zu erreichen. "Pakt mit dem Teufel".

Innenpolitik: "Hitler will sich wirklich, nicht nur scheinbar auf den Boden der Legalität stellen". Trugschluss, damals allgemeine Ansicht.

Seite 14/15-Gründe für Zwiespalt oberster Führung und Truppe.-  
Der Gedankenaustausch Liebmann und Rabenau ist m.E. wichtig, weil er sich in einer neuen Deutschen Truppe mit grosser Wahrscheinlichkeit binnen Kurzem wiederholen wird, verschärft um die Zersetzung der Truppe durch die wehrunwilligen Parteien.

In einer neuen Wehrmacht werden die von Rabenau unter a.) bis e. aufgeführten Ursachen der Missstimmung erneut auftreten. Die von Liebmann geltend gemachten stärksten Gegenmittel-stärkster Träger der Staatsgewalt und Keimzelle für ein künftiges Heer--werden in Zukunft nicht anwendbar sein.

Angesichts der öffentlichen Ausführungen von Blank über den zukünftigen Sdaden schlage ich vor, diesen Gedankenaustausch Liebmann-Rabenau B 9 N N vorzulegen. Er könnte die zuständigen anregen, zu überlegen, mit welchen Mitteln der Geist einer Truppe gepflegt werden muss, die Beruf und Uniform mit nüchternsten Augen ansehen soll.

(das Gesamtproblem der Stellung dieser Truppe im Staat bedarf m.E. überhaupt sorgfältiger Überlegung, mutatis mutandis wird eine Reihe unserer alten Massnahmen unvermeidbar werden, z.B. Ruhen des aktiven und passiven Wahlrechts, für Offiziere und Unteroffiziere Verbot politischer Betätigung?)

Befehlshaberbesprechungen 12.1.32,

Besprechungsnotizen Liebmann 1932,

Befehlshaberbesprechung v. 27.2.32.

Seiten 16 bis 31. Die Akten zeigen die überaus schwierige Lage der Wehrmachtführung, die Truppe auf dem Boden der Verfassung festzuhalten, nachdem die Aussenpolitik und das Verhalten der Rechtsparteien anlässlich der Hindenburgwahl einen "politischen Trümmerhaufen" geschaffen haben.

Am sinnfälligsten ist die Kurve in der Entwicklung zwischen Reichswehr und Partei:

- 1930/31 Zersetzungsversuche bis zum Fall Scheringer.
- 1932 Anfang, Zurückhaltung Hitlers in Einflussnahme auf Reichswehr. Annäherung, Anschein legaler Haltung Hitlers. Empfang bei Gröner, dessen Urteil nicht ablehnend.
- 1932 Febr., Verschärfung. Totaler Machtanspruch Hitlers. Versuch, Reichswehr als Kampftruppe der Partei bei deren Kampf mit dem Marxismus.

Besprechung Chef HL. v.21.v.32.

Seiten 32,33. Konflikt über S!A!Verbot wird von Seite Gröner als Treubruch Schleichers dargestellt, von Seite Hammerstein, Schleicher als notwendige Auswirkung der Interessen der Reichswehr. Wer Recht hat, kaum zu entscheiden. Meine eigene Erfahrung ging dahin, dass unmittelbar nach Bekanntwerden des Verbots die Chefs der Stäbe der Divisionen in grosser Beunruhigung anriefen und nach dem Grund dieser einseitigen Massnahme fragten. Meine Antwort war, dass es eine Massnahme des Reichsinnenministers sei, mit der die Wehrmacht nichts zu tun habe.

Aus gleicher Unruhe erbat General Reinhardt einen sofortigen aufklärenden Vortrag für seine Führergehilfen.

Bei der unglücklichen Reichstagsrede Gröners war Schleicher nicht anwesend, ich war als Beobachter für ihn im Reichstag. Nach Gröners Rede ersuchten mich sofort Graf Westarp namens der Deutsch-Nationalen Schleicher zu verständigen, dass die Partei ein weiteres Verbleiben des Ministers für unmöglich halte. Ich unterrichtete Schl., der seinerseits Hammerstein aus einer Reise zurückrief und, nach Beratung mit ihm, Gröner die Notwendigkeit des Rücktritts erklärte.

*opt. am 11. Okt. 11. 1932*

Schleicher als Reichskanzler (Dezember 1932).

Seite 34/37.

Vortrag Schleichers vor Wehrkreisbefehlshabern im RWM.

betr. Kriegsspiel OTT habe ich Einzelheiten bereits übergeben.

Der Übernahme der Kanzlerschaft ging u.A. eine Sondierung bei Hitler voraus, ob er zur Beteiligung am Kabinett bereit sei. Entsendung OTT Ende November nach Weimar:

Teil. Auftrag Schl.: "Fahren Sie morgenfrüh nach Weimar und bitten Sie Herrn Hitler an, in ein geplantes Kabinett Schl. als Vizekanzler einzutreten, über Beteiligung seiner Partei an Ministerposten wäre Weiteres zu vereinbaren, Göring könnte Ministerpräsident Preussen übernehmen."

Für die Behandlung Hitlers erbat ich nachts den Rat eines Herrn von Zangen, der als Wirtschaftsvertreter gelegentlich mit ihm zu tun hatte. Er stellte in Aussicht, dass ich nach wenigen Worten mit einem Monolog von Hitler überschüttet würde und nicht mehr zu Wort käme.

Das traf nicht ein. Göring holte mich am Bahnhof Weimar ab und führte mich zum Hotel Erbprinzen, wo kurz darauf Hitler in mein Zimmer trat.

Als ich begann, meinen Auftrag vorzutragen, zog Göring ein Notizbuch aus der Tasche und wollte nachschreiben, was ihm Hitler mit den Worten verwies "Bitte unterlasse das, der Herr Oberstleutnant ist allein!"

Scheicherr als Reichskanzler (Dezember 1932).

Seten 34/37. Entsendung Ott nach Weimar. Fortsetzung.

Stichworte meiner Ausführungen: Kabinett Schleicher ultima ratio, verfahrenre Lage, Unfähigkeit des Parlaments zu Mehrheitsbeschlüssen zwingt zu Übernahme der Reichsführung durch Inhaber der einzigen legalen Machtstellung, durch den Minister der Reichswehr.

Vorschlag an NSDAP zur Mitarbeit, Hitler als Vizekanzler, weitere Posten bleiben zu besprechen, Göring evtl. Ministerpräsident Preussen.

Letzte Entwicklung der Partei hat schwere Besorgnis ausgelöst, Zusammengehen mit KPD in Berliner Elektrizitätsstreik bedenklichste Massnahme, rückt Gefahr blutigen Zusammenstosses mit Reichswehr in Nähe. Übergang zu positiver Mitarbeit am Staat entspricht Macht und Pflicht der Partei.-

Hitler hörte meine halbstündigen Ausführungen an und setzte dann zu zwei Stunden Monolog an: Breiteste Darstellung der Entstehung seiner Bewegung, seines völligen Verzichts auf persönliche Stellung, sein Grab solle einmal nur den Namen Hitler führen nach Sieg oder Untergang. Ein Kompromiss einer Regierungsbeteiligung komme nicht in Frage, er müsse die volle Verantwortung für seine Bewegung verlangen. Er warne Schleicher vor dem Experiment einer Kanzlerschaft, das Ordnungsinstrument, auf das er sich stützen wolle, sei eine kleine Organisation, sein Instrument sei eine überwältigende Massenbewegung.

Ich unterbrach Hitler bei seiner Ablehnung und wiederholte die Gefahr eines Zusammenstosses mit der bewaffneten Macht, wenn er die Streikpolitik fortsetzen würde. Zum Mindesten müsste der Kanzler Schleicher von ihm erwarten, dass er seine Bewegung für eine Zeit der Verhandlungen anhalte.

Auch zu diesem Vorschlag erklärte Hitler weitschweifig, er könne sich mit seiner Bewegung auf keinerlei Zusagen einlassen.

Ich verliess ihn mit dem Eindruck eines Fanatikers mit gefährlichem Sendungsglauben.

Anschliessend führte mich Göring zu einem Mittagessen und setzte die Aussprache mit anderem Ziel fort. Die Antwort Hitlers sei nicht als endgültige Entscheidung anzusehen. Falls er Göring die Ministerpräsidentschaft in Preussen bekäme und die Führung eines Reichsluftministeriums, wäre vielleicht eine Einigung möglich. Allerdings sei es für die Bewegung unmöglich angehalten zu werden wenn sie nicht nach vorwärts weiter zu führen sei, so brauche sie Bewegung nach der Seite, auf die Strasse zum Kampf gegen den Marxismus. Der Kanzler habe dem zuzustimmen.

Ich erklärte Göring, ein solcher Plan sei für die Reichswehr unannehmbar, sie stehe auf dem Boden der Verfassung und hätte dem Terror gegenüber nur die Antwort der Waffe.

Nach der Rückkehr übermittelte ich Schleicher die Ablehnung Hitlers und den Verhandlungsversuch Görings. Göring wurde nach Berlin berufen und mit dem Ergebnis einer kurzfristigen Tolerierung des Kabinetts Schleicher.

Schleicher als Reichskanzler (Dezember 1932).

Seite 36. Jugendfragen.

Das Kapitel Jugendfragen geht auf eingehende Verhandlungen mit Jugendführern verschiedener Lager zurück, General von Stülpnagel betr. Wehrsport (Kuratorium für Volkserziehung), Dr. Schairer betr. Studentenwerkjahr, Stöckel betr. Arbeitsdienst. Mitarbeiter waren in allen Fragen Herr von Carlowitz, in der Bauernhilfe Herr von Holtendorff.

*Ein: Inauguralrede des Kanzlers zur politischen Verfassung*

Die aufgeführten Stichworte geben einen Vortrag wieder, den ich im Auftrag des Kanzlers vor den Befehlshabern zu halten hatte. Er begann mit der Forderung des Freiherrn von Stein "die Fundamente des Staates tiefer zu legen" und entwickelte die aufgeführten Fragen.

Das Freiwillige Studentenhilfsjahr hatte bereits Kanzler von Papen in einer seiner Reden auf unsere Veranlassung in Aussicht gestellt. Der Gedanke stammte von Schairer und erschien damals als das einzige Mittel, eine vorläufige Entlastung für die Überproduktion an Akademikern zu schaffen.

Bemerkungen zur Kanzlerschaft:

Ausserhalb jeden Zweifels, dass Schleicher Posten nicht erstrebt, sondern keine andere Möglichkeit mehr gesehen hat.

Bei meinem Glückwunsch am Morgen seiner Ernennung antwortete er mit dem Gruss der Gladiatoren "Moriturus te salutat".

.....

Die Verhandlungen des Kanzlers um die Gewinnung einer Parlamentsmehrheit, die uns angesichts ihrer undurchsichtigen Vielzahl und offenbaren Erfolglosigkeit beunruhigten, veranlassten mich, mit dem Pressechef der Wehrmachtsabteilung Foertsch ein Memorandum zu formulieren, das ich Schl. am Neujahrstag mit der Bitte übergab, seinen Mitarbeitern einige Äusserungen über seine bisherige Kanzlerschaft zu erlauben.

Schl. gab mir das Memorandum tags darauf zurück mit dem Bemerkung, die Kritik sei noch viel zu mild, aber wir übersähen eine Schwäche seiner Kanzlerschaft, dass der Reichspräsident ihn von Anfang an nicht vertrauensvoll unterstütze.

.....

Der Versuch Hammersteins, die Kanzlerschaft Hitlers im letzten Augenblick noch zu verhindern, stellt sich mir im Gedächtnis anders dar als General v.d. Bussche ihn schildert..

Blatt 8.

Bemerkungen zur Kanzlerschaft.

Nach meiner Erinnerung besprach Hammerstein mit folgendem Kreis die Frage, ob die Kanzlerschaft Hitlers noch zu verhindern sei:

Staatssekretär des Reichskanzlers Planck, Chef des Min. Amts Oberst von Bredow, Reichspressechef Marcks und mir.

Wir sahen die Gefahr des kommenden Terrors als so gross an, dass wir Hammersteins Gedanken zustimmten, den Reichspräsidenten ultimativ aufzufordern, Hitler nicht zum Kanzler zu berufen. Im Weigerungsfall sollte der Chef HL aus eigener Vollmacht die Führung eines milit. Ausnahmezustandes übernehmen. Die Entscheidung über diesen etwaigen Gewaltschritt sollte Schleicher treffen.

Schl. lehnte ab, weil er überzeugt war, dass das Volk in seiner Sehnsucht nach einer Lösung des monatelangen Drucks den Schritt der Reichswehrführung nicht verstehen und mit einem Bürgerkrieg beantworten würde.

Hammerstein teilte unserm Kreis mit, dass er draufhin nichts unternehmen werde, worauf Marcks beim Verlassen Hammersteins zu mir sagte: "An diesem Entschluss kann das Reich zu Grunde gehen"!

Trotz dieser vermeintlichen Einzelheiten kann mich mein Gedächtnis nach der langen Zeit und den dazwischen liegenden 14 Jahren Aufenthalts im Fernen Osten täuschen. Ein überlebender Zeuge ist nicht mehr vorhanden, Dokumente darüber besitze ich nicht.

Seiten 38/40. Befehlshaberbesprechung Berlin 3.II.33.

41/42 Hitlers Ansprache 3.II.33.

dazu Niederschrift v. Mellenthin .

Die Ansprachen Blombergs und Hitlers vom gleichen Tage vor dem gleichen Kreis zeigen eine grundlegende Verschiedenheit. Blomberg defensiv, Hitler ausgesprochen offensiv. Blomberg Wahrung der Verfassung, Hitler völlige Umkehrung der innerpolitischen Zustände in Deutschland, Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel.

Hat Blomberg seine Untergebenen bewusst getäuscht? Vermutlich war er sich selbst nicht klar, dass der Weg der Wehrmacht durch das innerpolitische Programm Hitlers aus der Überparteilichkeit heraus führen musste.

Bl. war bei allen guten Anlagen als Soldat politisch von erst staunlicher Naivität (Schl. nannte ihn "Parsival") und wurde auf politischem Gebiet durch Reichenau entscheidend beeinflusst. Ich erinnere mich z.B. meiner Entsendung nach Königsberg im Sommer 1932, um den Befehlshaber v. Blomberg und seinen Chef Reichenau davon zu unterrichten, dass der Versuch, dem RP, Hitler als Vizekanzler zu präsentieren an der Halsstarrigkeit des RP. gescheitert war. Darauf Reichenaus schärfster Angriff auf Hindenburg, der zu v. verhaften sei, was Blomberg erschrocken zu beschwichtigen versuchte.

Das Bekenntnis Blombergs zu Schleicher mag damals noch ehrlich gewesen sein. Tags zuvor hatte er mich aufgefordert, die Wehr

Seiten 38/40-41/42 Ansprachen Blomberg und Hitler am 3.11.33.

die Wehrmachtsabteilung weiterzuführen. Auf meine Frage, ob die für mich entscheidende Voraussetzung gegeben sei, dass ich weder sachlich noch persönlich dabei in Gegensatz zu meinem langjährigen Chef v. Schleicher käme, erwiderte Bl., der von Schl. geführte Weg sei der einzig mögliche für die Wehrmacht, ich werde weder sachlich noch persönlich in Gegensatz zu Schl. geraten.

Die Ansprache Hitlers habe ich als Teilnehmer der Einladung Hammerstein mitangehört. Die Atmosphäre ist in der Zuschrift Mellenthin genau so gekennzeichnet wie ich sie erinnere.

Die Ansprache trug nach meiner Erinnerung den Charakter einer scharfen Offensive; der Plan, im Osten neuen Lebensraum zu schaffen, erschien mir damals als entscheidende Erklärung. Diesen Eindruck teilten mit mir Fritsch und Fromm, die beide alarmiert waren, wobei Fromm Fritsch damit zu beruhigen suchte, dass die masslosen Vorhaben an der Härte der Tatsachen scheitern und auf ein nüchternes Mass zurückgeführt würden.

Die Schlussbemerkung Liebmann gibt den Eindruck meiner Umgebung nicht ganz wieder.

Nach dem Buch Berndorff "General zwischen Ost und West" soll Admiral Raeder in Nürnberg von der Harmlosigkeit und erhebenden Wirkung der Ansprache gesprochen haben. Wenn das zutrifft, muss es sich um einen Irrtum der Erinnerung handeln.

Eine Einzelheit fiel mir damals auf: Reichenau verliess die Tafelrunde während der ganzen Ansprache Hitlers. Nachträglich erklärt sich sein Weggang vielleicht so, dass er als einziger enger Vertrauter Hitlers damit rechnen musste, von Hitler über die Wirkung seines Auftretens befragt zu werden und sich durch eine dienstliche Abwesenheit entziehen wollte, weil er die alarmierende Wirkung kommen sah.

Seiten 44/47. Kommandeurbesprechungen Mitte März 1933.

Aus Seite 44 geht hervor, dass in einer Besprechung in Berlin Ende Februar eine Weisung gegeben worden ist,

"dass wir uns an dem inneren Kampf, den die Regierung mit den staatlichen Machtmitteln, aber auch mit der nat. soz. Organisation gegen den Kommunismus, Marxismus zu führen gedenkt, zwar nicht beteiligen, aber ihm gegenüber doch in wohlwollender Neutralität verhalten sollen".

Liebmann warnt (vermutlich aus eigener Initiative) vor der Gefahr, die "unter allen Umständen vermieden werden muss" nämlich vor dem Verlust der Vertrauensstellung im Volk, die in mühseliger 12jähriger Arbeit erworben wurde. "Im Ernstfall muss das ganze Volk mit uns gehen".

Es handelt sich um eine Besprechung, die Reichenau im Auftrag des Min. mit den Befehlshabern führte. Ich erinnere seine Ausführungen in grossen Zügen:

- Erkenntnis notwendig, dass wir in einer Revolution stehen.
- Morsches im Staat muss fallen, das kann nur mit Terror geschehen.
- Die Partei wird gegen den Marxismus rücksichtslos vorgehen.
- Aufgabe der Wehrmacht, Gewehr bei Fuss.
- Keine Unterstützung, falls Verfolgte Zuflucht bei der Truppe suchen.

Die Vorbehalte Liebmanns hat Reichenau nicht gemacht.

Die Befehlshaber waren stark betroffen, protestierten aber nicht. Beim Weggehen sagten mir Rundstedt und Seutter von Lötzen, sie wollten sehen, wie sie diese gefährliche Weisung abschwächen könnten. Mein eigener Protest bei Reichenau und meine Abschiedsrede für Schleicher waren m. E. ausschlaggebend für meine Ablösung als Chef W.

Fortsetzung zu Seite 44 - Weisung Reichenau betr. Verfolgung des Marxismus und Verhalten der Wehrmacht dabei.

Vergl. dazu die Forderung Göring bei der Besprechung in Weimar im November 1932!

Seiten 48/50. Ausführungen des RWM in Bad Wildungen 1.6.33.

Die mit der vorerwähnten Weisung „Reichenau einsetzende Abkehr von der alten überparteilichen Haltung steigert sich jetzt zur vollen Partei-Hörigkeit.

Die Sätze "Dieses Unpolitisch-Sein hatte ja nie die Bedeutung". bis "vor zu enger Verstrickung in dieses System zu bewahren" versucht, die ganze alte Linie der Wehrmacht als einen taktischen Trick ohne Überzeugung hinzustellen!

Übelster Wendepunkt in der Entwicklung der Wehrmacht!

Seiten 51/62. Besprechungen im Januar und Februar 1934.

Die hier interessierenden Kernpunkte dieser Besprechungen sind die immer neuen Versuche, die wachsende Spannung zwischen Wehrmacht und SA und die Ansprüche der Letzteren zu dämpfen. Dabei erhält die Truppe niemals klare Abgrenzungen, sondern die schwierige Weisung, der SA gegenüber mit dem berechtigten Selbstbewusstsein der Waffenträgerin auf zu treten.

Ich habe diese Spannungen während meines Aufenthalts in Deutschland vom Januar 1934 bis Mitte März 1934 erlebt. Die vorliegenden Besprechungen und Weisungen sind mir nicht bekannt geworden. Dagegen trat mir die Erbitterung der Wehrmacht in schärfsten Kritiken Rundstedts entgegen, die er bei einem Frühstück Anfang März im Hause Schleicher gefällt hat. Er sprach sich mit äusserster Schärfe über die Politisierung der Wehrmacht und die Anmassung der Parteibonzen aus und erklärte radikale Abhilfen für notwendig -- leider ohne selbst sein Gewicht dafür einzusetzen!

Schleicher erklärte mir rückblickend auf seine Versuche, die Partei taktisch in die Verantwortung herinzuführen und damit abzufangen, er müsse bekennen, dass er den untauglichen Weg versucht habe, einer Revolution mit parlamentarischen Mitteln Herr zu werden. Sie hätte nur mit Gewalt bekämpft werden können, die ihm nicht zu Verfügung stand.

Die Unterhaltung mit Rundstedt und Schleicher machte mich besorgt, dass Schl. durch die Offenheit seiner Reden sich schaden könnte. Ich lud ihn deshalb ein, er möge eine Zeit lang ausser Landes gehen und mein Gast in Japan sein, er laufe sonst Gefahr, dem Parteiterror zu verfallen. Schl. lehnte ab, er wolle nicht Landesflüchtig werden, ich möge im Übrigen unbesorgt sein, er werde sich durchaus zurückhalten. Für eine Aktion sei die Zeit nicht reif.

Drei Monate später wurde er ermordet.

Seiten 65/69. Mündliche Ausführungen des RWM über Röhmputsch.

Der Generalstabsverein "Graf Schlieffen" übersandte mir nach Japan das Urteil im Ehrenverfahren gegen Schleicher und Bredow:

Keine ehrenrührigen Handlungen, die Generale sind auf dem Feld der Politik gefallen!

Blatt 11.

(Schleicher empf.)

Entwurf W Ia v. Sept. 31 an Reichskanzler Dr. Brüning.

Das Schreiben vom Sept. 31 setzt eine Anfrage des RWM v. Nov. 30 über die Legalität der NSDAP fort.

Beide Schreiben fallen in die Zeit meines Frontkommandos zum A.R.S., sind also nicht von mir mitbearbeitet worden. Der Auffassung Brünings, dass der Eingang des Schreibens zweifelhaft sei, möchte ich beitreten, ich nehme an, dass es nicht abgegangen ist.

Die Befehlshaberbesprechung v. 25. 11. 30 (Seite 3 ff, der Akten Liebmann) zeigt eine gewisse Unsicherheit des RWM über die zukünftige Haltung der Partei. Dagegen wird in der Besprechung v. 12. 1. 32 das Verhältnis zur Partei als verbessert bezeichnet und folgende Richtlinien für die Reichswehr gegeben:

- Nazi aus Betrieben nicht mehr entfernen,
- Nazi dürfen in Landesschutz eintreten, *Zeit*
- Volle Legalisierung in absehbarer *Zeit* zu erwarten.

Angesichts dieser Entwicklung zwischen Nov. 30 und Jan. 32 ist das Schreiben m. E. nicht abgegangen, seine weitere Behandlung durch das Reichskabinett wäre mir auch sonst erinnerlich, ich habe im Oktober 32 die Führung der W übernommen.

Die Schilderung der Krise Brüning findet eine Bestätigung in dem betonten Eintreten Gröners für Brüning in der Besprechung v. Jan. 32 (Seiten 18, 21 Akten Liebmann), in der Schrift "Männer und Mächte" von W. Schotte Seite 22 und in der Korrespondenz Gröner mit Gleich v. 24. 1. 32 (Auszüge aus Craig, Seite 5).

Abschriften aus Zeitschriften.Tagebuch n. z. bemerken.Deutsche Republik, S. 802.

Die Mitteilung der SA Leitung - offenbar über die Haussuchungen durch die Preuss. Polizei, eine Art Dementi - sind mir damals nicht bekannt geworden. Die gesamten Vorbesprechungen über das SA Verbot hat Schleicher ohne Mitarbeit der W geführt.

(Zu den Haussuchungen vergl. Auszüge Craig, Seiten 5/6).

Männer und Mächte Seite 84/85 - Die Lebensfähigkeit des Kabinetts P. enthält in der Beurteilung Schleichers viel Richtiges. Der Schlusssatz überschätzt die Politik Papens bei Weitem.

Auszüge aus Craig.

Die Darstellung des SA-Verbots, des angeblichen kalten Kriegs im RWM gegen Gröner und seines Rücktritts stützt sich fast ausschließlich auf Niederschriften und Briefwechsel Gröners. Beide machen den Eindruck, sehr ab irato geschrieben zu sein. Frau Dorothea Gröner-Gezel, Gröners Tochter, Wiesbaden, Nerobergstr. 9, hat im Herbst 50 eine Studie bearbeitet, in der sie Gröner und Schleicher gerecht werden wollte. Die Arbeit ist nicht veröffentlicht worden. Ich empfehle, sie zu erbitten.

Eindrücke von der Schlussbesprechung  
der Manöver 1936.

Ich hatte als Militärattache für Japan an den Manövern als Beobachter teilgenommen.

Die Schlussbesprechung zerfiel in drei Gruppen von Ansprachen, die sich nach Form und Inhalt grundsätzlich unterschieden.

Den Beginn machten General von Leeb und Chef HL von Fritsch, Leeb sprach über Anlage und Ablauf der Manöver, Fritsch über Strategie und Taktik der Führung und Truppe.

Beide Generale in klassischer Klarheit der Gedanken und ~~sprach~~ und Worte.

Dann wechselte Der Minister von Blomberg mit Phrasen, zur Politik über und bereitete auf die Rede von Hitler vor.

Abschliessend richtete Hitler einen flammenden Aufruf an die versammelten Generale, sie müssten das Selbstbewusstsein wieder gewinnen und im Volk erwecken, dessen Verlust uns den ersten Weltkrieg gekostet hätte. Seine Arbeit sei darauf gerichtet, das Unerhörte und Grösste auf allen Gebieten zu schaffen, daher die Autobahnen, die Grossbauten, die Aufrüstung zur modernsten Armee, zur Flotte und zur mächtigsten Luftwaffe. An diesen Grosstaten soll das Selbstbewusstsein des Deutschen Volkes wieder erwachen.

Diese Ausführungen kamen zum Abschluss eines Manövers völlig unerwartet und hoben sich von der Sachlichkeit der Generale von Leeb und Fritsch aufs peinlichste ab. Die Hörer waren sichtlich unter dem Eindruck unangebrachter Grosssprechereien eines Minderwertigkeitsgefühls.

*Dem Institut für Zeitgeschichte  
München  
auf Anfrage Erwidern erbeten übersendet  
R 1874.52*

28-273/1-26

Zum Buch Berndorff, General  
zwischen Ost und West.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hermann Foertsch im

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

25-279/1-27

1191/53

23.11.1951

Entwurf

Herrn Botschafter a.D.

O t t

I c k i n g bei München

M85/51 Foertsch  
reg. 26/M/51 4  
K.

Sehr verehrter Herr Ott!

Vor kurzem ist im Verlag Hoffmann und Campe in Hamburg ein Buch über Schleicher unter dem Titel "General zwischen Ost und West" erschienen. Dieses Buch enthält zum Teil mir sehr zweifelhafte Behauptungen, die ich im Zusammenhang mit der Frage der Beziehungen zwischen Reichswehr und Nationalsozialismus vor 1933 klären möchte. Ich darf Sie deshalb sehr herzlich bitten, mir bei dieser Klärung soweit irgend möglich behilflich zu sein und die anliegenden Fragen zu beantworten.

Darf ich bei dieser Gelegenheit nochmals an Ihre Bereitschaft erinnern, mir über den ganzen Fragenkomplex eine Niederschrift zur Verfügung zu stellen. In diesem Falle stelle ich anheim, die anliegenden Fragen nur ganz knapp zu beantworten.

Mit bestem Dank für Ihre Hilfsbereitschaft bin ich in alter Verbundenheit

Ihr sehr ergebener

*H. Foertsch*

( H. Foertsch )





Anlage 1 zum Schreiben an General F o e r t s c h v. 31.12.1951

Stellungnahme zu Anlage 1 des Schreibens Nr. 1185/51 Foe/b8  
vom 23.11.1951

Institut für Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1191/53

- 1.) V a h l k a m p f unbekannt. Vielleicht ist durch Herrn von Winterfeldt im Direktorium der Rhein-Ruhr-Bank Düsseldorf Auskunft zu bekommen. Er ist vermutlich der Sohn des Erwähnten General a.D. von Winterfeldt.
- 2.) Kurt D r e w s ist m.E. Mitglied des Herrenklubs gewesen. Näheres vielleicht durch Herrn V o r w e r k, Vorwerk-Verlag Stuttgart Staffelbergstrasse zu erfahren.
- 3.) W a l l e n b e r g könnte damals ein junger Journalist gewesen sein, der dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold nahestand. Es ist möglich, dass er mit dem jetzigen Schriftleiter der "Neuen Zeitung" verwandt oder identisch ist.
- 4) und 5) Fehlanzeige.

demnach

BM 31/12.51.

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1191/53

- 1.) In den Ereignissen von 1923 und dem späteren Prozess gegen Hitler-Ludendorff sind keine Anzeichen für eine enge Verbindung mit Seeckt aufgetreten. Ich halte sie angesichts der Persönlichkeit Seeckts und seiner damaligen schroffen Ablehnung illegaler Verärterkung der Reichswehr für unwahrscheinlich.
- 2.) Memorandum unbekannt. - Die Darstellung Berndorffs ist ungläubhaft, insbesondere die angebliche Einwirkung Schleichers auf Seeckt, die Macht an sich zu reißen. Schleicher hat stets Eingriffe in die Verfassung schroff abgelehnt.
- 3.) Fragen Seeckt - Reichspräsident unbekannt. Die Frage ist m.E. in der Wehrmacht Abteilung nie erörtert worden, (vergleiche aber das Buch von Rabenau ).
- 4.) Erste Begegnung nicht mehr sicher anzugeben. Vermutlich 1929 mit dem Zweck Schleichers, einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Ergebnis: Hitler Demagoge, der unter Kontrolle gehört.
- 5.) Besprechungen öfters, hauptsächlich auf dem Landsitz einer Grafen Wedel in der Nähe von Potsdam. Ziel: Eingliederung Hitlers in Regierung, um Bewegung zur Mitverantwortung zu zwingen. Hitler hielt hartnäckig an totalem Machtanspruch fest.
- 6.) Schleicher trug Hindenburg vor, dass die Partei zu stark geworden sei, um in der Opposition belassen zu werden. Sie müsse an der Regierung beteiligt oder gespalten werden.
- 7.) Besprechung Ott in Weimar ( siehe Anlage - Aus eidesstattlicher Erklärung für Spruchkammerverfahren gegen Papen ). Die Anlage wird mündlich ergänzt werden.)
- 8.) Der Mitarbeiter der W., von Carlowitz, war mit dem Tatkreis befreundet. Ich habe selbst dessen Hauptmitarbeiter im Hause Cadowitz in Nikolassee mehrfach getroffen.
- 9.) Geldquelle für Tägliche Rundschau unbekannt; vielleicht aus Dispositionsfond des Reichswehrministeriums. Solcher Fond trat gelegentlich in Erscheinung, z.B. bei der Ausstattung Bredows und meiner Person mit Mitteln für politische Repräsentation.
- 10.) Derartige Papiere Hitlers sind nie erwähnt worden.
- 11.) Die Anlage Liebmann<sup>x</sup> stimmt im wesentlichen. Ich erinnere mich des Auftrages, belastendes Material gegen das Reichsbanner dem Staatssekretär Meissner für den Reichspräsidenten vorzulegen, was geschehen ist. W. machte dabei Bedenken geltend angesichts der Ungleichheit der S.A. und des Reichsbanners in ihrer Einstellung zur Verfassung.
- 12.) Brüning ist als Kanzler an der Unmöglichkeit gescheitert, mit Hitler zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Ob Schleicher Ausschlag für Sturz gegeben hat, nicht zu beurteilen.

*x Hinweis bei Frau Dittler schon sehr umfangreiche Unterlagen des Vater. Sie ist jetzt in Kierbiden. Odome muss es bekannt. je gewisser das Material über die Regierung  
 Schloss Kierbiden 00026  
 München*

- 13.) Das innerpolitische Kriegsspiel 1932 ist in dem anliegenden "Auszug aus meiner Aufzeichnung - "Wehrmacht und Nationalsozialismus vor der Machtergreifung" - dargestellt. Der Auszug erklärt auch die Veranlassung, das Ergebnis und die politische Verwertung. Es war keine Finte zum Sturz der Regierung Papen.
- 14.) Die letzte Auswirkung war eine neue Vorschrift für die Durchführung des militärischen Ausnahmezustandes, die der Chef W. durch Vinzenz Müller bearbeiten liess. Sie wurde Mitte Januar 1933 herausgegeben.
- 14.) Mitteilung an Strasser unbekannt.
- 15.) unbekannt.
- 16.) Schaffung einer Miliz wurde nach Abgang Seeckts geplant und durch die von der T 4 eingeführte Kurzausbildung praktisch begonnen. Privater Schriftwechsel Schleichers mit Ausland unbekannt.
- 17.) F u n k nie erwähnt worden. Kontakt Hindenburg- Hitler - Blomberg m.E. durch Reichenau und den Reichsbischof Müller zustandegebracht.
- 18.) Organisation des Landesschutzes mit Zustimmung der Reichsregierung m.E. ab Sommer 1932 nach Sturz der Preussenregierung. Ich erinnere mich damals eines persönlichen Vortrages vor den preuss. Oberpräsidenten unter Vorsitz von Bracht zur Einschaltung der Zivilverwaltung in den Landesschutz. Er lag vorher bei den Befehlshabern der Wehrkreise mit oder ohne Einschaltung der zivilen Behörden entsprechend deren politischer Haltung.

*SPH 21/12.57.*

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Anlage 3 zum Schreiben an General F o e r t s c h v. 31.12.1951

Stellungnahme zu Anlage 3 d.Schr. Nr. 1185/51 Foe/bö v. 23.11.51

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1191/53

1.) Bei meinem Eintritt in die T 1, III im Herbst 1923 ist mir von Russen-  
verhandlungen nichts bekannt geworden.

Fragen 1) und 2) nicht zu beantworten.

3.) Die Absichten russischer und deutscher Seite deute ich nachträglich  
dahin: Die Russen hatten das politische Ziel, Deutschland als neu-  
trales Glacis zu gewinnen. Seeckt wollte eine Ausbildungshilfe für die  
Reichswehr und ein Absatzgebiet für die arbeitsbehinderte deutsche Rüs-  
tungsindustrie

4.) B l o m b e r g war m.E. nicht als taktischer Lehrmeister in Russland.

5. - 9.) unbekannt.

10.) Die Beziehungen wurden m.E. in Deutschland durch mehrere Enthüllungen  
bekannt, darunter Scheidemann, Helmut von Gerlach (Welt am Montag)  
Förster, die Weltbühne.

11.) Einladung Schleichers unbekannt.

12.) Letztes Auftreten russischer Gäste, darunter Tuchaschewski im Manöver  
1932 an der Oder. Entwicklungsphasen der Beziehungen unbekannt.

13.) Die gesamte Zusammenarbeit mit Sowjetrussland lag ihrem Wesen nach  
ausserhalb des Gesichtskreises der Wehrmacht? Auskunft könnten darüber  
vielleicht geben:

General Kosselring

General Karmann ( beide damals Sachbearbeiter des Herres-Etats)

General Köstring, damals Adjutant von Seeckt, und erster  
schwatzter Militär-Attaché in Russland.

Felmy und Milch, für Luftfragen.

Büchennagen ( falls noch lebend) als Sachbearbeiter der T 2.

*Seeckt*  
31.12.51

25-279/1-32

Schreiben an Foch

21. 12. 57

Quel 4.

U.R.

Institut für Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1191/53

8 flattes Schlaßwechsel  
mit 2. Papier für.

Loh.

beliggen werden abgeffrischen

und dann verpackt.

1/34

00028